

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Monat Oktober 18.000 000 M. und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 5 M. M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum Grundzahl M. 45, Grundzahl einer Reklameweile M. 150. Diese Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 18 Millionen zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt

Nr. 253.

Altensteig, Montag den 29. Oktober.

Seitgang 1923

Beruhigung oder Entspannung?

In Hamburg ist es ruhig geworden; in Sachen wird die Reichswehr verläßt und macht Ordnung; im übrigen gibt es noch eine Anzahl von Feuerungsarbeiten, die aber lokaler Art sind. In der Pfalz ist durch den Patriotismus des pfälzischen Kreistages die unheilvolle Sonderbewegung vorerst in keine Richtung worden, die von drei pfälzischen Sozialdemokraten, darunter dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann-Kaiserslautern, gegen die Meinung der sozialdemokratischen Mehrheit der Pfalz versucht worden ist. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in München, die gleichzeitig auch für die Pfalz die Parteileitung innehat, hat erklärt, daß sie mit der pfälzischen Minorität nicht übereinstimme; der entscheidende Beschluß des pfälzischen Kreistages, der die ganze Bewegung erledigte, kam mit den sozialdemokratischen Stimmen zuhause. Dieser Beschluß war schon deshalb natürlich, weil man inzwischen erkannt hatte, daß die von der Sozialdemokratie selbst verunglückten Urheber der ganzen Bewegung mit dem französischen Kommandanten in der Pfalz zusammengetreten waren und weil dieser Kommandant dann die Führung der ganzen Sache hatte an sich ziehen wollen. Es ist bedauerlich, daß es erst soweit kommen mußte, damit man erkannte, wessen Spiel man spielte; so sehr man auch feststellen muß, daß keine Trennung der Pfalz vom Reich beabsichtigt war, sondern nur die Begründung eines pfälzischen Bundesstaates im Rahmen des Reiches, so sehr muß man darauf hinweisen, daß sich diese Absichten nur wenig von dem nackten Hochverrat der rheinischen Separatisten unterscheiden.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die am Mittwoch in Berlin stattfand, hat sich mit dem Konflikt Bayerns und des Reiches befaßt. Bayern war das einzige Bundesland, das nicht durch seinen verantwortlichen Ministerpräsidenten vertreten war; es ließ sich durch den bayerischen Gesandten in Berlin vertreten. Die amtliche Meldung, die über die Sitzung herausgegeben wurde, zeigt klar, daß die Länder einmütig zum Reich stehen; daß eine rasche Lösung der Personenfragen kommen wird; daß die Länder aus dem militärischen Ausnahmezustand einen zivilen machen wollen; daß im Verein mit dem Reich eine größere Selbständigkeit der Länder geschaffen wird.

Nun hat sich aber zwischen München und Berlin ein neues Gewitter zusammengehäuft. Generalstaatskommissar von Kahr hat jedes Verhandeln mit der gegenwärtigen Reichsregierung abgelehnt. In Wirklichkeit haben aber zwischen der bayerischen Regierung durch ihren Gesandten von Proger in Berlin und der Reichsregierung offizielle Beziehungen bestanden. Die Reichsregierung wendet sich nun in scharfer Form gegen von Kahr, dessen Aufstreten als Annäherung bezeichnet wird. Ob diese neue Spannung im Konflikt mit Bayern auf Unstimmigkeiten in München zwischen Kahr und dem bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling zurückzuführen ist, bleibt abzuwarten. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die scharfe Ablehnung in München in Zusammenhang bringt mit dem jetzt allerdings rückgängig gemachten Vorgehen der pfälzischen Sozialistenführer. Obwohl man in Berlin dabei die Haltung der bayer. Regierung unterstützte, sieht man in München eben jetzt die Gefahren des Marxismus in noch schärferer Beleuchtung. So wird die Erledigung des Konfliktes zwischen Reich und Bayern sich schon noch geraume Zeit hinziehen, obwohl die ganze Linke auch in Bayern, einschließlich der Demokratie, auf schnellste Lösung drängt.

Beruhigung für die gesamte innerpolitische Lage ist auch die Kampfanfrage der Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie innerhalb der Reichsregierung, deren Befestigung sie aus dieser fordert. Das im Hinblick auf den pfälzischen Verrat. Es ist zwar von der Sozialdemokratie aus bereits die Landesvertreter deutlich abgewinkt worden und die Vorgänge in der Pfalz sollen erschöpfen, daß der Pfalzstaat verhindert wird, so fern nicht die Sonderbewegung unter dem Schutze der Franzosen den bisherigen Festschlag der Aktion noch herausreißt. Jedenfalls stehen in der Pfalz Putzverfahren bevor, nachdem der parlamentarische Landesvertreter am Willen der bürgerlichen Parteien gescheitert ist. Auch sonst zeigt die Sonderbewegung im Rheinland, nachdem Frankreich diese offiziell anerkannt und in Koblenz eine Regierung mit dem Hochverrat Matthies an der Spitze einrichtet, eher eine Annahme

und einen Erfolg, wenigstens in der Mitte des besetzten Gebietes.

In all den politischen Spannungen treten noch in diesen Tagen die erhöhten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten. Unser Geldwesen steht im Sturm. Es wird von Tag zu Tag buntschöner. Zur Papiermarkt kommen die Rentenmarkt, die Goldnoten, Goldanleihen und Dollarschuldanweisungen in den Verkehr und in allen Ländern plant man die Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel, sogar in einzelnen Gemeinden und Industriekreisen. Geht es so noch einige Wochen fort, dann ist die Königshöhe des Reiches dahin.

Beruhigung der Wirtschaftskrise.

N. S. Die Lage der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen zusehends verschlechtert. Die Gestehungskosten zahlreicher Gewerbe sind über dem Weltmarktpreis angelangt. Der Absatz ins Ausland ist ins Stoden gekommen. Auf den heimischen Märkten hat die Umstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung die Kaufkraft der breiten Masse, deren Arbeitsentgelt noch nicht auf der Goldbasis beruht, teilweise über die Grenzen des Existenzminimums herabgedrückt. Eine schwere Absatzkrise ist die Folge. Die Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten durch die Reichsbank hat den Mangel an Betriebskapital erheblich verschärft. Die Produktionsmöglichkeiten sind auch hierdurch gemindert worden. Deutschland macht gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durch, wie sie seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht erlebt wurde.

Die Lage der deutschen Industrie zeigt sich vor allem an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Bei 970 Betrieben, die an das Reichsarbeitsblatt über ihre Wirtschaftslage regelmäßig berichten, wurde der Tätigkeitsgrad im August für 18 v. H., im September für 12 v. H. als gut gekennzeichnet, für 33 v. H. im August und nur für 17 v. H. im September als genügend; schlechter Geschäftsgang wurde für Betriebe angegeben, die im Berichtsmonat 71 v. H. gegen den Vormonat 49 v. H. der Arbeiter und Angestellten beschäftigten, aber die insgesamt Berichte vorlagen. Besonders trübselig ist die Lage in der Textilindustrie. Dort konnten nur noch 8 Prozent der Arbeiterschaft in gut beschäftigten, 9 Prozent in befriedigend beschäftigten Betrieben arbeiten, während die entsprechenden Zahlen aus dem Monat August 14 Prozent bzw. 72 Prozent lauteten. Der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeitskräfte betrug in diesen Gewerben 83 Prozent im September gegen nur 14 Prozent im Vormonat. Im Maschinenbaugewerbe liegt der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 53 auf 70 Prozent, während nur noch 7 Prozent gegen 10 Prozent im August als gut beschäftigt bezeichnet werden. In der Eisen- und Metallindustrie liegt der Anteil der Unternehmungen mit schlechtem Geschäftsgang von 58 v. H. im August auf 77 v. H. im September. Gut beschäftigt waren nur noch 8 Prozent der Betriebe gegen 16 Prozent im Vormonat und befriedigend beschäftigt 15 Prozent anstelle von 26 Prozent im August. Auch in der Textilindustrie ist die Lage katastrophal. Das Warenpreisniveau hat in den meisten Artikeln den Weltmarktpreis überstiegen, jedoch ausländische Textilwaren zum Teil billiger als deutsche Erzeugnisse angeboten werden konnten. Die Käufer von Textilwaren haben sich daher vornehmlich mit ausländischer Ware eingebedt. Auf dem Baumarkt konnten die erforderlichen Summen für die Durchführung und Beendigung der Bauarbeiten kaum in einem Falle noch aufgebracht werden. Neue Bauten sind fast nirgends in Angriff genommen worden. Die private Bautätigkeit beschränkte sich auf die Fertigstellung begonnener Bauten.

Besonders kennzeichnend für die Bedeutung, die die Herabminderung der Kaufkraft der breiten Masse für die Wirtschaftskrise hatte, ist die Lage der Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe ist völlig ungenügend beschäftigt. Im Lebensmittelgewerbe sind Einschränkungen der Betriebe (Feierschließen, Stilllegungen, Entlassungen bis zu 50, 80 und mehr Prozent der Arbeiterschaft) an der Tagesordnung. Im gesamten graphischen Gewerbe und in den verwandten Gewerben (Schriftgießereien, Buchbindereien usw.) nimmt die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades ihren ununterbrochenen Fortgang (Sterben der Zeitungen, trotzlose Lage der Altdruck- und Verlegerzeitschriften, da Bücher-

Zeitschriften, Druckmaschinen, Propagandaschriften usw. zu den Luxusartikeln zählen, recht ungünstige Verhältnisse in den graphischen Anstalten, Streifenindustrie usw.).

Die Krise ist im wesentlichen die Folge der dauernden Passivität unserer Zahlungsbilanz. Deutschland hat in den letzten Jahren an seine Gläubiger stets mehr bezahlt, als es seinerseits von seinen Schuldnern eingenommen hat, und es ist hierbei mehr und mehr verarmt. Die Abnahme der Kaufkraft seiner Bevölkerung ist das äußere sichtbare Zeichen dieser Verarmung. Nur die Ärmierung unserer Zahlungsbilanz kann uns die Rettung aus diesem Elend bringen. Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr muß die Parole sein. Hierzu bedarf es jedoch einer radikalen Umstellung unserer Wirtschaft, die nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und die ganz gewiß durch jeden politischen oder wirtschaftlichen Umsturzversuch nur verlangsamt werden wird. Gelingt es nicht, alle Kräfte der werktätigen Bevölkerung, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zur dauernden tätigen Mithilfe an dieser Umstellung der Wirtschaft zusammenzuführen, dann wird auch dies letzte Mittel der Gesundung Deutschlands vergeblich angewandt sein.

Die Sonderbündler-Putsch.

Frankreich fordert Anerkennung der Sonderbündler.

Koblenz, 28. Okt. Der französische Oberkommissar der Rheinlande, Tirard, hat von Paris die Weisung erhalten, die Separatistenbewegung als geschäftlich anzuerkennen. Eine entsprechende Ordonnanz der Rheinlandkommission ist zu erwarten. Tatsächlich tritt auch seit Donnerstag die Unterstützung, die die Besatzungsmächte den in die öffentlichen Gebäude eingebrungenen Separatistenhäusern in den Städten des Rheinlandes zu teil werden läßt, offenkundig hervor. Dort, wo die Separatisten bereits aus den Gebäuden vertrieben wurden, wurden sie mit Hilfe der Bajonette und unter Vertreibung und Entwaffnung der deutschen Polizei wieder eingesetzt. Sie schießen und morden mit Waffen und Munition, die sie von den Machthabern der Besatzungsmächte erhalten haben müssen. Man will den Eindringlingen zur Autorität verhelfen und die deutschen Behörden unterdrücken.

Koblenz, 28. Okt. Der französische Bezirksdelegierte der Rheinlandkommission hat die Vertreter der Stadtverwaltung zu sich beschieden und ihnen mitgeteilt, daß die vollendete Tatsache der Besitzergreifung der Nacht durch die Separatisten anerkannt werden müsse, sowohl von der deutschen Regierung als auch von der Stadtverwaltung. Die Vertreter der Stadt haben in ihrer Antwort erklärt, daß sie es ablehnen müssen, mit oder unter den Separatisten zu arbeiten. Sie würden weder einen separatistischen Regierungspräsidenten, noch einen solchen Bürgermeister anerkennen. Dasselbe Ansinnen wurde in zahlreichen anderen Orten an die Beamten gestellt, aber mit dem gleichen negativen Erfolg.

Paris, 28. Okt. Aus Koblenz wird mitgeteilt, daß die Sonderbündler zur Bildung einer provisorischen Regierung geschritten sind. Die einzelnen Ressorts sind wie folgt verteilt: Matthies Ministerpräsident, von Rosen Minister für Handel und Industrie, Dr. Westerkhoff Finanzminister, Dr. Viebing Minister des Innern und Generalkommissar der Rheinpfalz, Bremer Kultusminister, Dr. Müller Verkehrsminister, Dr. Alster Justizminister, Dr. Simons übernimmt das Landwirtschaftsministerium und Dr. Guthardt das Generalsekretariat für die belgische Zone. Dem Berichterstatter des „Echo de Paris“ zufolge hat der Delegierte der Rheinlandkommission, Philippe, den Separatisten Deutchen als Regierungspräsidenten anerkannt. Die provisorische Regierung verfüge außerdem über zwei Zeitungen, in denen sie ihre Communiqués veröffentlicht sowie auch über eine Druckerei, in der Proklamationen fertiggestellt werden.

Brüssel, 28. Okt. Nach einer Neuentdeckung aus dem besetzten Gebiet haben die Separatisten in Montjore das Regierungsgebäude von neuem besetzt und die Polizei entwaffnet. Am Freitag abend sei auch die Republik von Coar ausgerufen worden.

Der Kampf um die Pfalz.

Speyer, 28. Okt. Wie die „D. Allg. Stg.“ von unterrichteter Stelle erfährt, ist in Speyer eine große Anzahl T. rassistischer Separatisten eingetroffen. Die maßgebenden bayerischen Stellen haben auf Grund der französischen Waffenvorschriften General de Metz davon offiziell in Kenntnis gesetzt. In den Abend-

stunden vornehmen die Separation im der öffentlichen Bedenke zu demütigen. Die päpstlichen Behörden setzen den Separatisten Widerstand entgegen.

Die Reparationsfrage.

Einberufung eines Sachverständigen-Ausschusses.
Paris, 28. Okt. Die französische Regierung hat sich, wie der „Temps“ mitteilt, mit der Einberufung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Festlegung der deutschen Zahlungsfähigkeit einverstanden erklärt, vorausgesetzt, daß Amerika seinen Vertreter in diesem Ausschuss entsendet. In diesem Sinn hat die Pariser Regierung ihrem Londoner Vertreter bereits Instruktionen erteilt. Die Tragweite dieser Entschliessung darf ansehe des sehr unterschiedenen Vorbehalte von französischer Seite nicht überschätzt werden.

Meinungsaustausch über die deutsche Note?
Paris, 28. Okt. Die Mitglieder der Reparationskommission sind nach der Rückkehr des englischen Delegierten Bradbury in einen offiziellen Meinungsaustausch über die von der Kriegskostenkommission am Mittwoch überreichte deutsche Note eingetreten. Der „Temps“ rechnet damit, daß die Vertreter des Reichs aufgefordert werden, die in der deutschen Note angeführten Argumente mündlich vorzutragen.

Belgien für Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit.
Brüssel, 28. Okt. Nach einer Meldung aus Brüssel hat sich die belgische Regierung auf eine Anfrage des englischen Kabinetts für die Einberufung eines von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigen-Ausschusses und nicht für eine internationale Kommission, unabhängig von dieser Kommission entschlossen.

Neues vom Tage.

Erklärung der Reichsregierung gegen Kahr.
Berlin, 28. Okt. Die Reichsregierung hat die bayerische Frage beraten und ist dann nochmals am Abend zu einer Sitzung zusammengetreten, die bis in die frühen Nachstunden dauerte und deren Ergebnis in einem in später Nachtstunde ausgegebenen Bericht zum Ausdruck kommt, der den folgenden Wortlaut hat:
„In der Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder, die auf Anregung des württembergischen Staatspräsidenten Dr. v. Dleber vorgestern Abend stattfand, ist einmütig der Wunsch der deutschen Länder zum Ausdruck gekommen, den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern zu beseitigen. Der bayerische Gesandte Herr v. Preger hat in Vertretung der bayerischen Staatsregierung bei diesen Verhandlungen wiederholt zu erkennen gegeben, daß der bayerischen Staatsregierung daran gelegen sei, einen annehmbaren Weg zu finden, um diesen von ihr bedauerlichen Konflikt zu lösen. Der Reichsminister hat sich dieser Erklärung angeschlossen und den Dank der Reichsregierung dafür zum Ausdruck gebracht, daß die Länder sich bemühen, einen Weg für diese Lösung zu finden. Heute nun erläßt der bayerische Generalsstaatskommissar von Kahr eine Erklärung, wonach er es ablehnt, mit der derzeitigen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Diese Erklärung ist an sich belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Herrn v. Kahr, der lediglich mit der Wahrnehmung der Aufgaben betraut ist, die sich aus der Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern ergeben. Um so unverantwortlicher ist es, wenn Herr v. Kahr sich dem Wunsch der Reichsregierung, dem einmütigen Wunsch der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten ausgesprochenen Wunsch der bayerischen Staatsregierung, die Reicheinheit zu sichern, durch sein Verhalten tatsächlich

widersetzt. Das tut der bayerische Generalsstaatskommissar in einer Zeit, in der die bayerische Pfalz in Gefahr ist, in französische Abhängigkeit zu geraten, in der Rhein und Ruhr von dem französischen Vernichtungswillen bedroht sind, wie kaum je zuvor, in der Hunger im Innern und Bergewaltigung uns bedrohen und in der die Reicheinheit notwendiger ist als je. Sein Verhalten ist eine Umarmung, die in seiner Stellung keine Begründung findet und die die Reichsregierung zurückweist. Sein ganzes Tun und Lassen, das sich gegen jeden Versuch wendet, die Reicheinheit auf dem Weg des Verstehens wieder herzustellen, muß dem Urteil des deutschen Volkes überlassen bleiben.“

Vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags.
Berlin, 26. Okt. Der Vorkommenschaft des Reichstags ist zu einer Sitzung auf Dienstag, 30. Okt., einberufen worden, um die Anordnungen für die nächste Vollversammlung des Reichstags zu treffen.

Krupp aus dem Gefängnis beurlaubt.
Aöln, 28. Okt. Die „Aöln. Volksztg.“ aus Essen meldet, daß Krupp von Hohlen, sowie die drei im Düsseldorf-Gefängnis befindlichen Krupp'schen Direktoren zur Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten auf sieben Tage aus der Haft nach Essen beurlaubt worden. Wie verlautet, finden am Montag Verhandlungen statt über die Haftentlassung weiterer politischer Gefangener. Man nimmt an, daß die „Beurlaubung“ der Krupp'schen Direktoren die Einleitung zu ihrer endgültigen Freilassung sein wird.

Zus. Urteil im Rühriner Prozeß.
Kottbus, 28. Okt. Das außerordentliche Gericht verkündete am Samstag vormittag das Urteil in dem Prozeß gegen die 14 wegen der Rühriner Vorgänge am 1. und 2. Oktober des Hochverrats Angeklagten. Das Urteil lautet: wegen Hochverrats gegen Major a. D. Ernst Buchruder auf 10 Jahre Festungshaft und 100 Milliarden Geldstrafe. Alle übrigen Strafen wurden wegen Befehle zur Mäßigung verhängt, und zwar gegen Major a. D. Fritz Herzer 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Oberleutnant a. D. Peter Bogt 6 Monate Gefängnis, gegen Kaufmann Hans Gaine 8 Monate Gefängnis, gegen Zahnarzt Herbert Flege 5 Monate Gefängnis, gegen den Kandidaten der Chemie Gerhard Reichel 5 Monate Gefängnis, gegen den Oberleutnant a. D. Georg Walter, gegen den Landwirt Eduard Sebbe, gegen den Oberleutnant zur See a. D. Erno Schrenk und den Kaufmann Willi Wojzewski je 3 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Landwirt Hans Koerze, Ingenieur Karl Dobrowski, Landwirt Hermann Kühn und Landwirt Georg Buchhard wurden freigesprochen. Den Verurteilten werden 3 Wochen der Untersuchungshaft auf die Freiheitsstrafen angerechnet. Gegen Buchruder und Herzer wurde der bestehende Haftbefehl aufrecht erhalten. Die übrigen Angeklagten sind unter Aufhebung des Haftbefehls auf freien Fuß gesetzt worden. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse, soweit Freisprechung erfolgte. Während der Verlesung der Urteilsbegründung wurde die Öffentlichkeit auf Antrag der Anklagebehörde und der Verteidigung wiederum ausgeschlossen.

Das Österreichische Wahlergebnis.
Von den 165 Mandaten, die am Sonntag in Oesterreich zu vergeben waren, erschienen bisher 135 errechnet. Das bisherige Verhältnis der Parteien im Nationalrat war: 84 Christlichsoziale, 69 Sozialdemokraten, 29 Großdeutsche, 1 bürgerlicher Demokrat. Sollten alle Parteien ihre bisherige Stellung erhalten, dann müßte wegen der Herabsetzung der Mandatsziffer von 183 auf 165 das Verhältnis 76 Christlichsoziale, 62 Sozialdemokraten, 26 Großdeutsche und 1 bürgerlicher Demokrat werden; die ganze Verschiebung, die eingetreten ist, läßt sich nun aus den Differenzen ermitteln, die sich für die 135 schon

verteilt. Mandate zwischen der dem bisherigen Zustand entspr. den 81 Christlichsoziale, 43 Sozialdemokraten, 21 Großdeutsche und dem tatsächlichen Ergebnis ... der 135 Mandate zeigt; dieses Ergebnis lautet: 73 Christlichsoziale, 64 Sozialdemokraten und 8 Großdeutsche. Die noch ausstehenden 30 Mandate werden in erster Linie zwischen den beiden großen Parteien verteilt sein; denn das neue österreichische Wahlsystem begünstigt die großen Parteien bei der Berechnung der Reststimmen und auch sonst in hohem Maße. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Großdeutschen aus diesen noch zu vergebenen 30 Mandaten auch nur so viel erhalten werden, daß sich der Eindruck ihrer schweren Niederlage noch mildern könnte. Diese Niederlage drückt sich schon darin aus, daß die eigentlichen Führer der großdeutschen Partei und ihre Koalitionsminister im Kabinett Seipel sämtlich durchgefallen sind; so wird vermutlich wieder der großdeutsche Vizepräsident des bisherigen Nationalrates Dr. Dinghofer, noch der Reichsanwalt Dr. Frank, noch der Minister Weber wiederkehren. Verschwunden ist die bürgerlich-demokratische Partei, die der letzte Rest der österreichischen Liberalen war, während die Großdeutschen nach reichsdeutschen Begriffen alle Schattierungen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Deutschösterreichischen enthalten. Die Nationalsozialisten haben Wahlenthaltung geübt, um ein Bekanntheitsvermögen ihrer verschwindend geringen Zahl zu verhindern; ebenso die Kommunisten und die halb-bürgerlichen Legitimisten. Daß aber diese Richtungen, die im Nationalrat nicht vertreten sein werden, kaum in Betracht kommen, geht schon aus der hohen Wahlbeteiligung hervor, die zwischen 85 und 90 Prozent schwankte. Gesiegt haben in erster Linie die Christlichsozialen, die zwar in Oesterreich die Rechtspartei bilden, aber mit ihrem demokratisch-sozialen Kleinbürgerlichen Programm im Grunde keine Rechtspartei sind. Nun haben die Christlichsozialen die beste Aussicht, die absolute Mehrheit zu erringen; der eingangs angeführte Zahlenvergleich zeigt aber, daß auch die Sozialdemokraten gewonnen haben, wohl deshalb, weil sie als Anführer der Opposition freier waren als die Großdeutschen, die in der Regierung um des Sanierungswerkes willen ihr Anschlußprogramm zurückstellen mußten.

Aus Stadt und Land.

Altentag, 29. Oktober 1921.

Einführung der Willkürmarkrechnung bei der Post. Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Postämtern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsverkehr und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Willkürmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Sendungen, Postkarten, Postüberweisungen, Ersparüberweisungen, Postchecks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen M. lauten. Bei der Angabe des Betrags in Ziffern ist dabei an Stelle der 6 Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben; z. B. ist also statt 16 000 000 M. künftig 16 Millionen M. zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postcheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen M. festgesetzt. Bruchteile von einer Million M., die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postcheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Eckenstein.

(11) (Nachdruck verboten.)
„Auch Hans ist ein unbehagliches Gefühl überkommen und besonnenen schweigt er. Im nächsten Augenblick sucht Josef den peinlichen Eindruck durch ein hoffnungsvolles Wort zu verschleiden.
„Was?“ sagt sie, „was ist mir heute? Wenn mein Vater sieht, wie's euch geht, dann wird er doch nachgeben und ohne Mißgunst wird die Groß-Reicher-Kosel doch mit vom Tullnerfattel abziehen müssen. Nachher könnten wir schon einen Teil der Schulden gleich...“
„Selbige Rechnung wird ich stinmen“, fällt ihr eine tiefe Stimme ins Wort und des Groß-Reichers mächtige Gestalt steht breitbeinig vor den beiden erschrockenen, jungen Leuten. „Nachheren tu ich mit und auf 'm Leubauerhof kommt du mit als Bäuerin, stell merck's auch beide fein!“
„Vater...?“
„Dast gemeint, ich hätte keinen Pfiff mit euch gehört? Märkische Dirn! Hast dich gehen lassen, weil ich gedacht hab', ihr wollt Wischid nehmen für immer. Bin die mit feind, Hans... ein legtes gutes Wort in Ehren, dagegen war ich mit gewesen, aber nicht mit. Mehe nit, Hans. Es war mit, wenn du dich lozmacht unter von dem verdurdeiten Hof und alten, was dazu gehört, dann könnten wir weiter reden. So aber...“
„Groß-Reicher!“ schreit Hans empört auf, „soll sagst mir nit im Ernst! Heimat und Vaterland verlassen...“
Der Großbauer macht eine geringfügige Handbewegung, „Ding dich ja nit dazu. Viel verlieren könntest du nit. Was willst denn machen? Die wirtschaften sich ins Armenhaus, und wenn du nit beiseiten gehst, mußt du dich mit ihnen. Wer-der-der-der.“

„Recht hat“, entgegnete Hans, „es ist meine Sache und wie du meinst, so wird's nit gehen, denn ich meine Arme rühren kann. Inzamtent werd ich dir's zeigen, daß ich mir die Heimat erhalt.“
„Armer Narr du! Nachher wenn halt in dein Unglück. Aber die Kosel, das merk dir fein, die geht dich von heut an nichts mehr an.“
Er hat ruhig ohne Born gesprochen, aber mit kalter, starrer Bestimmtheit, gegen die es keinen Appell mehr gab. Hans best vor Aufregung, Josef schluchzt laut auf.
„Vater... ich hab den Hans getötet und...“
„Und wir lassen nit voneinander!“ ergänzt Hans heftig. „Das merk auch du dir fein, Groß-Reicher! Die Lieb ist gar ein kurioses Ding, die schlägt keiner tot, nit mit Worten und nit mit aller Gewalt auf der Welt.“
„Die Liebe! O je, die...“ Das höhnische Gelächter des Groß-Reichers ertönt plötzlich in staunender Ueberraschung, während sein scharfes Auge sich verwundert auf den Weg richtet, der vom Tal heraufführt.
„Na, na — was soll denn das jetzt heißen? Ich mein ganz Lorenzo ist heut bei der noblen Hochzeit...“
Hans und Josef haben sich umgewendet.
Lichter flimmern zwischen den Waldbäumen, rote rauchige Flammen aus Pechfackeln, die einen gespenstigen Schein auf die schweigende Menge werfen, welche lautlos näher kommt.
Inmitten dieser Menge wird ein langer, verhüllter Gegenstand sichtbar, der auf einer Tragbahre liegt. Jetzt erkennt der Groß-Reicher den Bürgermeister, der langsam neben einem weißgekleideten Vater aus dem Stiff schreitet. Gleichzeitig wird einträgliches Gemurmel im Zuge hörbar.
Der Groß-Reicher streicht bekümmert über die Stirn. „Stierböcken tun sie“, murmelt er, „was soll denn das... wo wollen denn die hin...?“ Und er weiß zugleich ganz genau, daß der Weg da herauf nur zu seinem eigenen Hof führt.
Josef weiß nicht warum, aber ein Bittern Lust durch ihre Glieder. Hans best unwillkürlich schänzend den Arm

um sie. So stehen sie schweigend in angstvoller Bekümmenheit da und warten.
Und dann, der Zug ist schon ganz nahe, läßt sich plötzlich die Gestalt des Priesters aus der Reihe und tritt rasch auf den Groß-Reicher zu.
Die aus weiter Ferne hört Josef sanfte, tröstende Worte. Sie sieht ihren Vater erbleichen und seine Hingestalt wanken wie eine der uralten Tannen im Wald, an der die Kiefernäste des wilden Wintersturmes rütteln, der manchmal von den Höhen des Schnellerars niedersauft über den Tullnerfattel.
„Dirn... Dirn... liebe Dirn...“ stammelt Hans, selber an allen Nieren schlatternd vor bleichem Entsetzen, „Jesus Maria, Dirn, das kann unser Herrgott doch nit zugelassen haben...“
Da wirft sich Josef auch schon mit einem gellenden Schrei über die Bahre, welche man vor ihren Vater niedergelegt hat und von der der Bürgermeister langsam das verhüllende Tuch zieht, so daß im fahlen Mondlicht das weiße Gesicht des Toten sichtbar wird.
„Franz... Franz!“
Der Groß-Reicher steht regungslos und starrt auf seinen Einzigen nieder. In seinem Kopf ist ein wirres Brausen und Toben, so daß er weder die lautgesprochenen Stiergebeke ringsum, die teilnehmenden Worte des Priesters und des Bürgermeisters, noch das Jammergeschrei der alten Weva hört, die, von Knechten und Mägden gefolgt, aus dem Hof gestürzt ist.
Erst als Hans mit bebender Stimme ihn anspricht und in verwirrtem Mißgefühl nach seiner Hand greift, hebt sich sein versteinertes Blick von der Leiche empor.
Grauen, Haß und Verzweiflung spiegeln sich darin und in wilder Aufwallung stößt er die sich ihm entgegenstellende Hand zurück, während er die Worte stammelt zwischen den Zähnen zerbeißt: „Du... du... was willst denn... noch da? Weißt nit, daß es dein Bruder war, der mir das angetan hat? Geh, dich nit immer seh im Lebn! Und verflucht sei die ganze Wöberpöpschaft...!“ (Fortsetzung folgt.)

Verhältniszahl beim Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 28. Oktober bis 3. November 1923: 26,875. Bei 100.000 mit dieser Zahl sind die Grundzahlen, d. h. die Ermäßigungsbeiträge der zweiten Steuerklasse zu vervielfachen bei Einbeziehung der Steuerbeiträge von einem Arbeitslohn, der in der Kalenderwoche vom 28. Oktober bis 3. November 1923 fällig und ausbezahlt wird. Beispiele: Tagesermäßigung für einen unverheirateten Arbeitnehmers (6000 mal 26,875000) 1.622.500.000 M.; Wochenermäßigung für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern (6000 mal 4.089.600) 24.537.600.000 M. Nach Abhebung der Ermäßigungsbeiträge wird der einzubehaltende Steuerbetrag in allen Fällen auf volle Millionen nach unten abgerundet.

*** Martinsmord, 29. Okt.** (Erfassung eines Einbrechers.) Als die Ehefrau des Bauern Martin Klein am Samstag Abend den Keller schließen wollte, vernahm sie in demselben ein verdächtiges Geräusch, schob schnell den Riegel vor und holte ihren Mann, der tatsächlich im Keller einen Einbrecher vorfand, der festgenommen wurde. Wie der Landjäger feststellte, handelt es sich um einen erst vom Gefängnis entlassenen Einbrecher, der bereits wieder strafbüchlich verfolgt ist. Man fand bei ihm verschiedene anderwärts gestohlene Gegenstände.

C. Dorffest, 28. Okt. Gestern Samstag Nachmittag hielt der Landw. Bez.-Verein Freudenstadt in der Bahnhofsstraße eine erweiterte Ausschusssitzung ab, zu welcher der Landw. Hauptverband Generalsekretär Hummel als Referent entsandt hatte. Nach der Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden, G. Braun-Schopflech, wurden zuerst einige die Gemüter erregende Fragen erörtert, die ungewöhnlich hohen Strohpreise und das Inflationenmonopol des Ueberlandverkehrs Glatten, die festgesetzten Rahlpreise der Müllerinnung etc., worauf Generalsekretär Hummel einen eingehenden Vortrag hielt über unsere gegenwärtige politische und die dadurch bedingte wirtschaftliche Lage, worauf er auf die Vorforderungen zur Besserung unserer Währung einging. Zum Schluß berichtete er über die Tätigkeit des Landw. Hauptverbands, die Kartoffel- und Milchversorgung und sand für seine Ausführungen allgemeinen Beifall. Nach lebhafter Aussprache darüber wurde beschlossen, den Beitrag an den landwirtschaftlichen Hauptverband auf 3 1/2 Pfund, den landwirtschaftlichen Bezirksverein ebenfalls auf 3 1/2 Pfund zusammen 7 Pfund Weizen beizubringen, die auch in Form von 8 Pfund Roggen, 9 Pfund Gerste oder 10 Pfund Haber gegeben werden können und auf spätestens 30. November beizubringen sind.

Stuttgart, 28. Okt. (Wertbeständige Löhne.) Auf Grund von Verhandlungen, die zwischen der Wirt. Regierung und den Organisationen der Industrie und des Handels gepflogen wurden, soll im Lauf der Woche wertbeständiges Geld zur Auszahlung von Löhnen usw. verwendet werden und zwar soll in der zweiten Wochenhälfte bis zu 50 Prozent der Löhne in wertbeständigem Notgeld der Industrie und des Handels ausbezahlt werden. Dieses Geld wird durch Industrie und Handel garantiert und mit Hilfe der Wirt. Vereinbarkeit ausgegeben werden. Die Scheine werden in kurzer Frist, d. h. sobald die notwendigen Stücke gedruckt sind, gegen deutsche wertbeständige Wertpapiere eingetauscht.

Täglich steigende Brotpreise. Es gelten folgende Brotpreise: 1 Kilo 85prozent Schwarzbrot 4,6 Millionen Mark (bisher 3,5), 75prozent Brot 5,2 (4,7), Weißbrot 5,8 (5,2) Millionen; ein Brötchen, Wecken oder Bregel 280 (250) Millionen Mark. Nun soll aber in der neuen Woche kein Aufschlag kommen.

Aufruf der Demokratischen Partei.

An unsere schwäbischen Volksgenossen!
Der Feind an Ruhr und Rhein holt zum letzten Schlag gegen deutsches Land aus! Aus deutschem Land erwacht ihm Hilfe! Das Letzte, was uns blieb, das Reich, ist in größter Gefahr! Nicht „mifverständene Reichstreue“, nicht „irreführende Anhänglichkeit“ ist's, was uns für Bismarcks Werk, des Reiches Einheit, einreten läßt — nein: der unerschütterliche Glaube, daß wir im Reich und durch das Reich ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes möglich ist, läßt uns den Reichsgedanken als teuerstes Gut erscheinen.

Schwaben! Schwer lastet steigende wirtschaftliche Not auf allen Schichten. Die Lebenshaltung ist außer Kontrolle herabgedrückt. Wir sind ein armes Volk geworden, aber wir müssen unsere Armut mit Stolz und Würde tragen lernen! In der Stunde, wo die Vertrauensmänner der überwältigten Mehrheit des deutschen Volkes Maßnahmen zur Gewinnung unserer Wirtschaft vorbereiten, bedarf sie der Unterstützung Aller! Aufrufe von der äußersten Linken, Umsturz von der äußersten Rechten und Auflehnung gegen die Reichshoheit vernichten Deutschland. Hingabe und Opferbereitschaft an den deutschen Einheitsgedanken verlangt die Stunde von Jedem! Schließt die Reihen zusammen mit uns!

Der Landesvorstand
der Deutschen demokratischen Partei Württembergs

Ein Hilferuf von Hohenheim.

Die Hohenheimer Studentenhilfe veröffentlicht folgenden Hilferuf:
Helft den bedürftigen Studenten von Hohenheim! Die landwirtschaftliche Wissenschaft darf nicht durch die dem deutschen Vaterland ausgegangene Not bestimmt werden, ihre erspriessliche Arbeit einzuschränken. Der strebsame Nachwuchs, meist Leute aus dem nennenswerten Mittelsstand, kann ohne eure tatkräftige Hilfe nicht mehr weiter die Hochschule besuchen. Die landwirtschaftliche Wissenschaft hat vorbildlich gezeigt, wie die

Produktion aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu steigern ist, sei es durch die Art und Weise der Aussaat, sei es durch Benützung von landwirtschaftlichen Maschinen oder sei es durch Anwendung von künstlichem Dünger. Das den Landwirten durch die Wissenschaft Gebotene ist also nicht zu unterlassen! Soll nun ein leistungsfähiger Landwirt fernerhin gewährleistet sein, so zögert nicht zu lindern! Geht Getreide! Spendet Kartoffeln! Sendet Weizen! Geht reichlich!

Spenden im Betrage über 1 Million bis zu 10 Prozent des Gesamteinkommens können für diese Sammlung von der Einkommensteuer abgezogen werden. Einkommensteuervergleich § 13, Absatz 7.

Schwäbische Chronik.

In Stuttgart-Gaisburg drangen zwei Räuber in die Wohnung eines Schlafwagenschaffners und zwangen die Ehefrau durch körperliche Mißhandlung zur Herausgabe ihres Geldes, das in verschiedenen hochwertigen Devisen bestand. Ein dritter Räuber stand Wache im Hausgang. Die Täter entkamen unerkannt. — Ein 78 Jahre alter Mann in der Verberstraße vergiftete sich durch Gas. — In der Straßendöhle der Rönchstraße wurde die Leiche eines Neugeborenen gefunden.

In Ehlingen ist dem Personal der Straßbahnen, die täglich viele Milliarden Fehlbetrag hat, zum 1. November gekündigt.

In Heilbronn ist der Kaufmann Karl Stogmaier verhaftet worden, da er zusammen mit andern Dieben eine Anzahl Schafe in der Grafsheimer Gegend gestohlen hat. In Bartholomä bei Omländ wurden während des Gottesdienstes sieben Schafe aus dem Pferd gestohlen.

In Holzheim bei Öppingen hat sich der Gemeinderat für Eingemeindung nach der Oberamtsstadt ausgesprochen.

In Pfullingen brannte der Dachstuhl der großen Scheuer zur Unteren Mühle ab. Schlossermeister Heinlin verunglückte bei den Löscharbeiten. — Wohnhaus und Scheuer des Schneidemeisters Metz wurden am 15. Millionen verfeuert.

In Erbach bei Ulm wurden 4 Zentner Mehl aus einem Eisenbahnwagen gestohlen und ein Obstwagen ebenfalls erbrochen und beraubt. Auf dem Heuberg hat der Jöbhnsturm vom Donnerstag viele Tonnen in den Wäldern umgelegt; in Horb wurde dabei die Raschenehandlung Haneisen zerstört, die zusammenhängte. Im Schwarzgrund trat in einzelnen Gebieten hartes Hochwasser auf.

Vuntes Allerteil.

Wie ein Tag Weizen zerkaufte. Von einem in Heidelberg immatrikulierten Studenten wird dem „Heidelberger Tageblatt“ folgendes Selbstverlebens erzählt: „Am Montag, 9. Okt., verkaufte mein Vater einen Zentner Weizen, damit ich meine Immatrikulations- und Seminargebühren bezahlen konnte. Ausgestattet mit einem Scheck über 725 Millionen ging ich an eine hiesige Bank, um mir den Betrag auszuhändigen zu lassen. Es wurde mir erklärt, daß ich in 3-4 Tagen vorbestimmen möchte, da man sich zuerst über die Wichtigkeit des Schecks bei der Schwesterschwester, bei welcher der Aussteller sein Konto hatte, erkundigen müsse. Vom 4.-8. Tag stand ich jeweils mit einer Leinwand stundenlang vor dem Schalter, um jedesmal den Betrag zu erhalten, daß das Geld noch nicht ausbezahlt werde. Nach acht Tagen wurde mir die Sache zu dumm und ich bat, telefonisch anzufragen, ob alles in Ordnung wäre und ich wenigstens meine nun arg entwerteten Millionen endlich bekommen könnte. Der gewünschte Bescheid traf ein — doch o Schreck! — die Telefongebühr betrug 1800 000 000 M., so daß von mir nun eine Auszahlung von 1175 000 000 M. aus dem Scheck verlangt wurde. Dem Schalterbeamten schenkte ich daraufhin meinen Scheck und überließ ihm gleichzeitig die restliche Auszahlungsumme von 100 000 000 000 M. (100 Milliarden) und siehe, er hatte Verständnis für einen armen Studenten.“

ep. Rückgang der deutschen Jugend. Wie die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ mitteilt, ist die Zahl der Kinder bis zu 15 Jahren von 45 v. H. der deutschen Bevölkerung im Jahre 1910 auf 29 v. H. im Jahre 1920 gesunken, obwohl inzwischen die großen Kriegsverluste der männlichen Bevölkerung eingetreten sind.

ep. Aus unserer einstigen Kolonie Kamerun. In Kamerun arbeiten seit längerer Zeit einzelne nicht reichsdeutsche Basler Missionare auf dem einstigen Gebiet ihrer Gesellschaft, das größtenteils von der Basler evangelischen Mission übernommen ist. Sie berichten vom gesunden Wachstum der dortigen Eingeborenenkirche. Im Dualagebiet zählt man 150 Gemeinden mit 15 000 Abendmahlsbesuchern; im Grassand sind gegen 20 Außenstationen neu errichtet worden. In Britisch-Kamerun hat sich durch die selbständige Verarbeitung der eingeborenen Christen deren Zahl auf 6000 verdoppelt, wozu noch etwa 12 000 Kaufvererber kommen. Die grundlegende Arbeit der vertriebenen Basler Mission bewährt sich somit trotz bedeutender Schwierigkeiten über Erwarten.

Altpapier und Papiergeld. Ein Eblinger Bankinstitut lieferte einen großen Handlaren voll Papiergeld, das einschließlich 5000 M. an eine Papdengroßhandlung als Altpapier ab. Die Kaufkraft, das heißt der Nominalwert der Sendung, welche im ganzen 106 Kilogramm wog, beträgt 40 457 000 M., während der ausbezahlte Altpapierwert sich auf 3 Milliarden 28 Millionen 571 Tausend M. stellte. — Sogar beim 50 000 M.-Schein ist zurzeit der Altpapierwert größer als der ausgedruckte Wert. Es dürfte sich daher empfehlen, die öffentlichen Kassen, Geschäfte usw. mit der Annahme von Altpapier zu versehen.

ep. Ein Lutherfilm. Mit Unterstützung der großen protestantischen Vereinigungen, der Lutherstädte und des bekannten Tübinger Lutherforschers Prof. D. Scheel ist seit kurzen der lange geplante Lutherfilm fertiggestellt. Die Dichtung kommt aus der Feder des Lutherkenner's Pfarrer Kurz in Erfurt. Die ersten Ausführungen, namentlich auch diejenigen vor dem lutherischen Weltkongress in Effenach, fanden die größte Anerkennung der Sachverständigen und der Öffentlichkeit. Der Film wurde sofort ohne Antrag als Lehrfilm anerkannt.

ep. Neue Schläge gegen das Zeitschriftentum in Polen. Die polnische Regierung hat zahlreiche evangelische Schulen, obwohl sie kirchliche Stiftungen sind, ihrer Schulkräume beraubt, neuerdings auch die deutschen evangelischen Sammelschulen auf dem Lande aufgelöst und ihre Lehrkräfte beseitigt, den deutschen höheren Lehranstalten seit 1. Sept. die Berechtigung für Helfen- und Einjährigengenehmigung genommen und das deutsche evang. Lehrerseminar in Bromberg aufgehoben. So wird die deutsche evang. Jugend planmäßig in die polnischen kath. Schulen gedrungen, ein Lohn auf alle feierlichen Abkommen zum Schutz der völkischen und religiösen Minderheit.

Vom Tode anserkanden. Dieser Tage ist ein französischer Soldat, der den Weltkrieg mitgemacht hatte und als gefallen gemeldet worden war, in seiner Geburtsort Saint-Nieur bei Aurillac zurückgekehrt. Er hat sich nun herausgestellt, daß er desertiert war und aus Angst so lange Zeit nichts von sich hatte hören lassen. Er war bereits verheiratet gewesen, aber seine Frau, die sich als Witwe betrachtete, hatte inzwischen nochmals geheiratet. Dieser zweiten Ehe sind zwei Kinder entsprossen. Der heimkehrende Deserteur verlangt jetzt die Ungültigkeitserklärung der zweiten Ehe seiner Frau.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 27. Oktober:

Berlin	64 837 500 000	Ö.	65 162 500 000	Br.
1 Goldmark	= 15,4952 (unveränd.)	Milliard.	Papierm.	
Amst.	Berliner Teufelstunde vom Samstag, 27. Okt.:			
Amsterdam	24 538 500 000	Ö.	24 061 500 000	Br.
Brüssel	3 132 150 000	Ö.	3 144 850 000	Br.
Norwegen	9 675 750 000	Ö.	9 724 250 000	Br.
Dänemark	10 972 500 000	Ö.	11 027 500 000	Br.
Schweden	16 558 500 000	Ö.	16 641 500 000	Br.
Italien	2 793 000 000	Ö.	2 807 000 000	Br.
London	284 287 500 000	Ö.	285 712 500 000	Br.
Paris	3 670 800 000	Ö.	3 689 200 000	Br.
Schweiz	11 271 750 000	Ö.	11 328 250 000	Br.
Spanien	8 279 000 000	Ö.	8 321 000 000	Br.
Deutsch-Österreich	897 750	Ö.	902 250	Br.
Prag	1 875 300 000	Ö.	1 884 700 000	Br.
Buenos Aires	19 950 000 000	Ö.	20 050 000 000	Br.

Wirtschaftszahlen vom Samstag:
Reichsbankdiskont 60 Prozent.
Reichsbank Lombard (wertbeständig) 10 Prozent.
Reichsbank Lombard f. Papiermarkt 108 Prozent.
Goldumrechnungsfuß f. Steuern (27. 10.) 15 Milliarden.
Goldfranken (ab 25. Okt.) 1 Kr. = 14 Milliarden.
Hilferufauspreis 1 000 000 000 fad.
Lebenshaltungsindeks (22. Okt.) 2,045 Milliardenfach.
Lebensmittel (Großhandel 23. Okt.) 9,8 Milliardenfach.
Stuttgarter Index (25. Okt.) 7 866 526 000 fad.
Großhandelsindex (23. Okt.) 14,6 Milliardenfach.
Einfuhrwarendeindex (23. Okt.) 19,4 Milliardenfach.
Inlandswarendeindex (23. Okt.) 13,6 Milliardenfach.
Industrieindex (23. Okt.) 21,5 Milliardenfach.
Personenverkehrsindex (ab 29. Okt.) 6 Milliarden.
Güterverkehrsindex (ab 29. Okt.) 12 Milliarden.
Buchdruckerlöhneindex (ab 25. Okt.) 16 Milliarden.
Buchdruckerlöhneindex (ab 27. Okt.) 700 Millionen.
Zeilungsanzeigenschlüsselzahl (27. 10.) 18 Millionen.

408 Milliarden schwebende Reichsschulden. Die schwebende Schuld des Reichs belief sich nach dem letzten veröffentlichten Ausweis am 10. Oktober auf 89 142,2 Billionen M. Nach Mitteilungen, die von unterrichteter Seite gemacht wurden, war dieser Betrag am 15. Oktober auf 170 581 Billionen M. gestiegen und hat am 22. Oktober die Summe von 408 000 Billionen Papiermark erreicht.

Amst. Berliner Produktennotierungen vom 27. Okt. Amst. wurden festgesetzt: (Getreide und Olsaaten für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station). Preise in Goldmark (4,2 G.-M. gleich 1 Dollar der Goldanleihe): Weizen, märk. 153-155; Roggen, märk. 139 bis 141; Sommergerste 135-138, Stimmung überall ruhig; Haber, märk. 104-105, abgeschwächt; Weizenmehl 22,5-24,9, ruhig; Roggenmehl 22,5-24,9, fest; Weizenkleie 5,20-5,40, stetig; Roggenkleie 5,20-5,40, stetig; Raps 2,50-2,80, stetig; Sultoriaerbsen 33 bis 34; Lupinen, gelbe 13-13,5; Rapskuchen 8,90-9,10.
Weizenpreis. Die Mannheimer Forderungen stellten sich heute für Weizenmehl Spez. 0 auf 540 Milliarden, Brotmehl 580 und 70prozent Roggenmehl auf 510. Die Geschäftstätigkeit bewegt sich infolge der Zahlungsmittelknappheit in kleinem Rahmen.

Stuttgarter Marktpreise vom 27. Okt. Auf dem Obstgroßmarkt galten folgende Richtpreise, in Millionen M.: Tafeläpfel 480-720, Schüttel-, Fall- und Rosäpfel 240-480, Spalterbirnen 600-720, Tafelbirnen 360-600, Tafeltrauben 1200-1440, Zwetschen 360-480, Quitten 240-360. Richtpreise auf dem Gemüsegroßmarkt: Kraut 100-130, Rotkraut 180-240, Röhrl 180-240, gelbe Rüben 144-192, Zwiebeln 240-300, Spinat 360-480, Tomaten 240 bis 360 das Pfd.; die Forderungen für Kraut gingen hinauf bis 180, für Rotkraut bis 400. Kopfsalat 24 bis 144, Endivienalat 48-214, Blumenkohl 240 bis 1040, Rettiche 30-144, Kopfkohltraben 48-72 (verlangt wurden 250 und noch mehr), Sellerie 55-2160 das Stüd. Kartoffeln sind in ausreichender Menge eingetroffen, so daß der Bedarf der Verbraucher gedeckt werden kann, vorausgesetzt, daß den Käufern das Geld nicht ausgeht; der Grundpreis beträgt nämlich nicht weniger als 400 Millionen M. das Pfund!



Letzte Nachrichten.

Die Reichsregierung verlangt den Rücktritt der sächsischen Regierung und ernennet einen Reichskommissar für Sachsen.

WTB. Berlin, 29. Okt. Die Reichsregierung gab die Ermächtigung zur Auflösung der sächsischen Regierung. — Der Beschluß wurde von der Reichsregierung einstimmig gefaßt.

WTB. Dresden, 28. Okt. In später Abendstunde wird dem WTB. aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Aufheben des Reichskanzlers, zurückzusetzen, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzurufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

WTB. Berlin, 29. Okt. In der Entscheidung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzulösen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

WTB. Berlin, 29. Okt. Wie die „Montagspost“, die Montagausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ mitteilt, wird zum Reichskommissar für Sachsen der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, ernannt werden.

WTB. Berlin, 29. Okt. Wie die „Montagspost“ aus Dresden mitteilt, haben die sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt und Radbruch, sowie der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Gradnauer, die in Dresden eingetroffen sind, in der Sitzung des Bundesvorstandes der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion be-

stimmend eingegriffen. Die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie selbst sei dabei zum erstenmal offen zum Ausdruck gekommen.

Die Reichsregierung ersucht Bayern die verfassungsmäßige Befehlsgewalt wieder herzustellen.

WTB. Berlin, 27. Okt. In Verfolg der am 24. Okt. von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entscheidung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Staatsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

WTB. Berlin, 29. Okt. Einer Meldung der „Montagspost“ aus München zufolge, ist die an Bayern gerichtete Note der Reichsregierung, in der die bayerische Regierung aufgefordert wurde, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen, dem Ministerpräsidenten Dr. von Kallking am Sonntag überreicht worden. Am heutigen Montag findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

Große Zusammenstöße mit der Reichswehr.

WTB. Dresden, 27. Okt. Das Reichswehrkommando XV teilt mit: In Freiberg ist es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und radikalen Elementen gekommen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anforderung der Polizei die Reichswehr auf zwei Lokomotivwagen in die Stadt einmarschiert, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehrosoldaten im Postamt bedrängt waren. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, befreite die vier bedrängten Reichswehrosoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Nach den vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 18 Unruhstifter erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompagnie in die Stadt einmarschiert, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wieder herzustellen. Näher: Meldungen hierüber liegen zurzeit noch nicht vor.

WTB. Dresden, 29. Okt. Zu den bereits mitgeteilten ersten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch berichtet: Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt worden. Von den Aufständischen und Militärs sind 23 tot, 31 Verwundete wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die anpreisende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Neben dem Verhalten der Reichswehr bestanden durchaus sachliche Beobachtungen, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wätker Beschlagnahmen durch die Menge bis zum äußersten gegangen ist.

Dem besetzten Gebiet.

WTB. Essen, 27. Okt. General Degoutte hat eine neue Verfügung erlassen, wonach die Regie der Eisenbahnen im besetzten Gebiet ermächtigt ist, für in französischen Franken abgeleitete Transporte Gaschienen zu begeben.

Die Lage in Essen.

WTB. Essen, 27. Okt. Die Lage in Essen ist immer noch sehr ernst. In der letzten Nacht sind in fast allen Teilen der Stadt große Plünderungen vorgekommen. Die Polizei ist zu schwach, um Plünderungen zu verhindern und die Plünderer zu verhaften. Im Laufe der Nacht durchfahren wieder französische Patrouillen auf Panzerkraftwagen die Stadt.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Im Herbst und Winter

ist das Lesen einer Zeitung für Jedermann ein besonderes Bedürfnis. Sorgen Sie dafür, daß Sie sofort unsere Tageszeitung erhalten entweder durch Bestellung bei der Post, dem Postboten oder Briefträger, wobei die Zahlung nur eine vorläufige ist und Nacherhebungen vorbehalten bleiben oder bei der Geschäftsstelle gegen Lieferung von Naturalien, wobei Nachlieferungen oder Nacherhebungen in Wegfall kommen.

Ämliche Veranmietungen.

Betr. Brotmehlabgabe.

Durch verspätete Abendung eines Waggons Weizen aus dem besetzten Gebiet kann die regelmäßige Abgabe von Kommunalverbandsmehl erst wieder Mitte nächster Woche erfolgen, da wir zur Zeit nur Roggenmehl vorrätig haben.

Ragold, den 27. Okt. 1923. Oberamt: Rüg.

Die Nachzahlung für III. und IV. Oktoberletzt ist den Gehaltsempfängern am 27. 10. 23 überwiesen worden.

Staatsrentamt Girsau.

Fänfbronn.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, d. 1. Nov. d. J. nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Aufsteig:



- 15,38 Sm tannen Langholz
- 65 Stück Banstangen
- 27 „ Hagstangen
- 37 „ Hopfenstangen
- 6 Km Papierprügel.

In Ansehung an obigen Holzverkauf kommen auf dem Rathaus

3 alte Säulenöfen

zur Verfeigerung. Gemeinderat.

Seilkünstler-Truppe

gibt heute Montag Abend noch eine und zwar die letzte

Vorstellung.

Anfang präzis 7/8 Uhr. Es ladet höfl. ein die Direktion.

Zur gefl. Beachtung der Inserenten!

Inserate sind entweder sofort bei Aufgabe oder sofort nach ihrem Erscheinen in der Zeitung, zu bezahlen, andernfalls der zur Zeit der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht werden muß.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

Altensteig.

Geschäfts-Empfehlung.

Teile der verehrten Einwohnerschaft von Altensteig und Umgebung mit, daß ich mein Geschäft vormals im Hause des H. Gutekunst, Bahnhofstrasse, ab heute

in die Poststrasse gegenüber dem Grünen Baum
in das Haus des H. Jannasch verlegt habe.

Ich bitte das mir bis jetzt gewonnene Zutrauen auch fernerhin in meiner neuen Geschäftslage schenken zu wollen.

Drogerie Apotheker Jos. Englert.

Einzig Drogerie am Platze.

Ein 7-jähriges schönes
**Zucht-
rind**



kauft gegen Holz, Frucht oder ähnliches, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zum Verband

empfiehlt

Frachtbriele
Begleitadressen
Anhängeadressen
Aufklebadressen
Packpapiere
Weiß-Einwickelpapier
Pergament-Ersatz
Echt Pergament

die

W. Nieker'sche Buch-
Altensteig.

Salz ist noch sehr billig!!

Zur gegenwärtigen Hauptverbrauchszeit (Krauteinmachen) bringe ich mein Großhandelslager vom Salzwerk Heilbronn in bestem rein

weißem Hütten Salz-Rochsalz

in empfehlende Erinnerung; die Ware ist durch Feuer sterilisiert, absolut trocken und von größter Ausgiebigkeit; Lieferung erfolgt einschl. gutem neuem Zuteck bei Barzahlung zum halben Friedenspreis von 5 Goldmark das 100 Pf., auch werden Hülsenfrüchte, Getreide, Kartoffeln, Butter, Obst gerne in Tausch genommen.

Altensteig, 29. Okt. 23. **Fritz Bühler jr.**
(E. W. Luz Nachfolger).

